

Position in der “Pflegekammer-Diskussion“

Der Pflege fehlt bis heute eine starke Lobby, sowohl in den Bundesländern als auch auf Bundesebene. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass bei allen wichtigen politischen Entscheidungen, von denen die Pflege selbst betroffen ist, sie bestenfalls nur am Rande, in der Regel aber gar nicht gehört wurde.

Aus dieser fehlenden politischen Präsenz heraus wird seit Jahren die Forderung nach einer Pflegekammer gestellt. In Analogie zu bestehenden Kammern verspricht man sich davon eine starke Lobby, die die notwendige Kraft besitzt, sich öffentlich Gehör zu verschaffen.

Demgegenüber steht eine Pflegelandschaft mit einer Vielzahl von Pflegeverbänden mit partikularen, oft auch gegensätzlichen Interessen. Eine potentielle Kammer müsste daher all diese unterschiedlichen Gruppen vereinen können.

Das Ziel, eine starke große Vereinigung zu schaffen, steht außer Frage. Wir Pflegekräfte haben alle in den vergangenen Jahren erfahren, wie sehr die Rationierung unserer Arbeit ohne unsere Mitsprache durchgesetzt wurde. Hinzu kommt, dass die Pflege in unserer Gesellschaft keine adäquate Anerkennung erfährt.

Doch der Weg mittels einer Kammer sollte kritische hinterfragt werden. Die Kammer ist eine Geburt der 19. Jahrhundert. Die damit verbundene Zwangsmitgliedschaft wird bei den Mitgliedern der bestehenden Kammern seit langem kritisiert und Stimmen nach moderneren Strukturen werden dort ebenfalls immer lauter.

Warum will die Pflege mit einem Auslaufmodell ihr Ziel erreichen?

Gibt es keine zeitgenössischen Antworten, um eine gemeinsame starke öffentliche Präsenz zu schaffen?

Betrachtet man in diesem Zusammenhang die parteipolitische Landschaft, so stellt man fest, dass seit Jahren jeweils nur die Oppositionsparteien sich für eine Pflegekammer einsetzen. Kommt es zu einem Regierungswechsel, so ist die Forderung nach einer Kammer in der Vergangenheit nicht mit in das Regierungsprogramm aufgenommen worden. In der Regel wird sie nun von der neuen Oppositionspartei vertreten.

Wir sollten daraus eine Lehre ziehen und nach einer pragmatischen Lösung suchen. Der Deutsche Pflegerat stellt im Kern eine solche pragmatische Lösung dar. Doch diese Idee gilt es auszubauen. Nur wenn alle Verbände die Möglichkeit hätten, Mitglied im Pflegerat zu werden und das Vetorecht abgeschafft würde, bestünde eine Chance, ohne unrealistisches Warten auf politische Entscheidungen für die Pflegekammer, einen starken Dachverband zu schaffen.

Dieser Dachverband müsste mit handlungsfähigen demokratischen Strukturen ausgestattet werden. Dem angelsächsischen Vorbild folgend, könnte dieser Dachverband mit Kompetenzen ausgestattet werden, wie beispielsweise eine regelmäßige Registrierung der examinierten Pflegekräfte.

Die BAPP würde einen solchen Weg aktiv unterstützen.

© 2005